

Wirtschaft und Politik

Kritik an Wahl in Afghanistan wächst

Wahlkommission verlangt von Spitzenkandidaten Zurückhaltung - Bundesregierung debattiert über Abzug

GEORG WATZLAWEK | DÜSSELDORF Drei Tage nach der Präsidentenwahl macht sich in Kabul die Sorge breit, dass die Spitzenkandidaten das Vertrauen in Afghanistans demokratischen Aufbau durch voreilige Siegesmeldungen weiter beschädigen. "Wer jetzt schon Ergebnisse verkündet, untergräbt das Vertrauen der Wähler", sagte der Chef der Wahlkommission, Daoud Ali Najafi. Amtsinhaber Hamid Karsai und sein Herausforderer, Ex-Außenminister Abdullah Abdullah, beanspruchten über 50 Prozent für sich, eine Stichwahl sei nicht notwendig. Erste offizielle Zahlen werden ab morgen verkündet. Gleichzeitig häufen sich Hinweise auf Wahlbetrug und geringe Beteiligung.

Am Donnerstag hatten zum zweiten Mal seit dem Sturz der Taliban 2001 Präsidentschaftswahlen stattgefunden; 2005 hatten sich noch 70 Prozent beteiligt. Vor allem Drohungen der wiedererstarkten Taliban, aber auch die Ernüchterung der Wähler reduzierten seither die Wahlbegeisterung. "Es fehlte an Enthusiasmus, weil die Menschen nicht nur von ihren Anführern, sondern auch von der Demokratie enttäuscht sind", sagte der afghanische Analyst Haroon Mir. Der Fortschritt ist für viele nicht spürbar. Manche wurden sehr reich, der Großteil blieb bitterarm."

Bislang wurden nur Einzelergebnisse aus den Provinzen bekannt, die zum Teil widersprüchlich ausfielen oder auf Manipulationen hindeuteten. Bei der Beschwerde-Kommission, die aus zwei Afghanen und drei Ausländern besteht, gingen bis Sonntag bereits 225 Beschwerden ein. 35 Beschwerden wurden als besonders wichtig eingestuft, haben also potenziell Einfluss auf das Resultat. Dennoch wurden Wahlkampf und Verlauf der Abstimmung von der EU-Wahlbeobachtermission vorläufig als "weitgehend gut und fair" bezeichnet. Wegen Gewalt und Einschüchterung sei die Wahl jedoch nicht überall als frei einzustufen, sagte Missionschef Philippe Morillon. Beobachter lobten dennoch den Mut der Afghanen, trotz der Taliban-Gefahr zu wählen. "Wenn wir in Deutschland eine solche Bedrohung hätten, würden die Leute zu Hause bleiben oder in den Keller gehen", sagt EU-Wahlbeobachter Gunter Mulack.

Wahlkommissionschef Najafi betonte, das niemand das landesweite Ergebnis kennen könne. Auch Angaben seines eigenen Vertreters, die Beteiligung habe nur bei 40 bis 50 Prozent gelegen, wies er zurück. Die private afghanische Nachrichtenagentur Pajhwok berichtete, Karsai habe nach Auszählung von 4,5 Mio. Stimmen 70 Prozent errungen. Die noch rund 2,5 Mio. unausgezählten Stimmen stammten vor allem aus abgelegenen Gegenden, die tendenziell für Karsai stimmten. Auf den Zweitplatzierten Abdullah entfielen nur 23 Prozent. Pajhwok gibt für diese Zahlen drei hochrangige Quellen an, die Einblick in die Auszählungsdetails hätten.

Vor allem für Karsai ist es nach Einschätzung von Beobachtern vor Ort wichtig, die Wahl schon im ersten Wahlgang zu gewinnen. Eine Stichwahl Anfang Oktober, so die Sorge, könnte das Land spalten und zu Kämpfen zwischen den hinter Karsai und Abdullah stehenden Clans führen. Allerdings kann auch eine sehr niedrige Wahlbeteiligung in Verbindung mit zahlreichen Manipulationsvorwürfen Karsais angeschlagenen Ruf ruinieren.

Die eingereichten Vorwürfe betrafen Gewalt, Einschüchterungen von Wählern und Manipulationen an den Urnen, sagte Grant Kippen, der die Beschwerdekommision führt. Die Methode zur Verhinderung mehrfacher Stimmabgabe soll versagt haben: Die angeblich nicht abwaschbare Tinte, mit der die Zeigefinger der Wähler gekennzeichnet wurden, ließ sich demnach rasch entfernen. Vor allem aus der Taliban-Hochburg Kandahar kamen Beschwerden.

Trotz des unklaren Wahlausgangs begann in der Bundesregierung eine Debatte über ein Ende des Bundeswehreinsetzes. Außenminister Frank-Walter Steinmeier kündigte an, mit der neuen Führung über ein Abzugsdatum verhandeln zu wollen. Die Wahl sei besser gelaufen als erwartet und ergebe hoffentlich Klarheit über die Ansprechpartner. Zugleich kritisierte er einen "Wettbewerb um Abzugstermine". Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, Deutschland wolle nicht "auf immer und ewig" in Afghanistan bleiben. Je schneller die Ziele beim Aufbau der Polizei und Armee erreicht seien, desto früher könne man die Verantwortung an das Land zurückgeben. Verteidigungsminister Franz Josef Jung hatte bekräftigt, er rechne mit einem weiteren Einsatz von fünf bis zehn Jahren.